

Betreff: Änderungsantrag zur Drucksache A/15/1384-01 - Antragsvorlage von SPD / DIE GRÜNEN Oberhausen wird atomstromfrei für die Ratssitzung am 27.06.2011

Status: öffentlich

Vorlage-Art: Antrag

Verfasser: Yusuf Karacelik

Federführend: Die Linke.Liste-Fraktion

Beteiligt:- Büro des Rates Bearbeiter: Driever, David Beratungsfolge:

Rat der Stadt	Entscheidung
<u>27.06.2011</u> <u>15. Sitzung des Rates der Stadt</u>	abgelehnt

OB Wehling ruft auf den unmittelbar in der Ratssitzung eingegangenen gemeinsamen Antrag von SPD-Fraktion, CDU-Fraktion, Fraktion DIE GRÜNEN- und der FDP-Fraktion, der die ebenfalls kurzfristig vorgelegte Drucksache Nr. A/15/1384-01 ersetzt, sowie den Änderungsantrag der Linke.Liste-Fraktion.

Stadtv. Karacelik beklagt, dass seine Fraktion nicht beteiligt wurde. Er bedürfe drei Ergänzungen und der Antrag würde von allen Fraktionen getragen (Textziffer 2. 3. und 7. des Antrages der Linke.Liste-Fraktion. Die Linke.Liste-Fraktion sei die einzige Partei in Oberhausen, die konsequent gegen Atomkraft ist.

BM Lorenschat weist darauf hin, dass der Punkt 3 des Linke.Liste-Antrags eine alte Forderung seiner Partei sei. Punkt 7 ist seiner Meinung nach in der letzten Ratssitzung besprochen worden und damit auch erledigt. Er kündigt an, dass seine Fraktion dem Änderungsantrag der Linken.Liste nicht zustimmen werde. Er räumt ein, dass ein Antrag, der allein von seiner Fraktion formuliert worden wäre, ist aber dennoch dankbar, dass der vorliegende Antrag von SPD, CDU, GRÜNEN und FDP so zustande gekommen ist.

Stadtv. Große Brömer erklärt, dass seine Fraktion dem Antrag der Linke.Liste-Fraktion nicht zustimmen werde. Er hält es für sinnvoll, auf der Basis des gemeinsamen Antrages bei den Bürgern für Mithilfe zu werben, damit Oberhausen atomstromfrei werden könne.

Stadtv. Paasch stellt fest, dass der Antrag der Linke.Liste-Fraktion politisch weiterführend ist. Den gemeinsamen Antrag von SPD, CDU, GRÜNE und FDP bezeichnet er als Verschlechterung gegenüber dem vorangegangenen Antrag von SPD und GRÜNE.

Stadtv. Schranz erklärt, der vorliegende gemeinsame Antrag berücksichtige, dass die Oberhausener Bürgerschaft nicht übermäßig belastet werden dürfe. Das gemeinsame Ziel, aus der Atomkraft auszusteigen, dürfe nicht dazu führen, dass Oberhausener Bürger/-innen stärker belastet werden als andere. Die Umsetzung des Linke.Liste-Antrages würde die Rekommunalisierung der EVO erforderlich machen. Man müsste sich auch die Frage stellen, wo der Strom herkommen soll, wenn jetzt alle Kernreaktoren abgeschaltet werden sollten.

Stadtv. Runkler sieht keine substanziellen Unterschiede zwischen ursprünglichem Antrag und dem vorliegenden gemeinsamen Antrag. Er sieht in dem Antrag der Linke.Liste-Fraktion den Versuch, eine Sonderrolle spielen und sich verweigern zu wollen.

Rat der Stadt - mit Beteiligung des OB - lehnt den Änderungsantrag der Linke.Liste-Fraktion gegen die Stimmen der Linke.Liste-Fraktion und des Stadtv. Paasch ab und fasst dann mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der Linke.Liste-Fraktion bei Stimmenthaltung des Stadtv. Paasch folgenden Beschluss:

"Oberhausen verzichtet auf Atomenergie

Die Katastrophe in Japan, verursacht durch den Tsunami und die Erdbeben und in ihrer Folge die atomare Katastrophe in Fukushima, hat auch in Oberhausen Fassungslosigkeit und Mitgefühl für die Opfer hervorgerufen.

Die Nuklearkatastrophe in Japan mit ihren unabsehbaren Folgen zeigt darüber hinaus in dramatischer Weise, dass der Bau und Betrieb von Atomkraftwerken enorme Risiken bergen. Sie muss auch in Deutschland vor Ort, in den Kommunen, zu einer Neubewertung der Atomkraft in ihrer Rolle bei der künftigen Energieversorgung führen.

Vor diesem Hintergrund fasst der Rat der Stadt Oberhausen folgenden Beschluss:

1. Oberhausen verzichtet auf Atomenergie

Der Rat erkennt an, dass die EVO mit einem Atomstromanteil von derzeit 4% bereits einen im Vergleich zu anderen Stromanbietern deutlich unterdurchschnittlichen Atomstromanteil an die Oberhausener Endverbraucher liefert. Nun gilt es, den Anteil von Atomstrom bei Einhaltung bestehender Lieferverträge und einer weitgehenden Kostenneutralität schnellstmöglich auf 0% zu reduzieren.

Alle städtischen Tochtergesellschaften werden aufgefordert, so schnell wie möglich auf Atomstrom völlig zu verzichten. Die Verwaltung wird beauftragt, die Bürgerinnen und Bürger über die Umsetzung zu informieren und sie zum Verzicht auf Atomstrom und zum Bezug von Ökostrom zu animieren.

2. OGM bezieht künftig keine Stromanteile aus Atomstrom

Der Rat begrüßt ausdrücklich, dass der Aufsichtsrat der OGM bereits im März entschieden hat, durch die OGM zukünftig keinen Atomstrom mehr zu beziehen. Die OGM wird aufgefordert, für die Ausschreibung der künftigen Stromlieferungen ab 01.01.2012 als Kriterium den garantierten Verzicht auch von geringen Anteilen von Atomstrom in den Verdingungsunterlagen zu verankern. Geeignete Garantieerklärungen sind verpflichtend von dem künftigen Stromlieferanten beizubringen; eine weitgehende Kostenneutralität ist sicherzustellen. Entsprechende Beschlüsse sind im Aufsichtsrat der OGM herbeizuführen.

3. Oberhausen spart Energie

Energie sparen ist ein wichtiger Beitrag zum Ausgleich der Kapazitäten der abgeschalteten AKWs. Der Rat beauftragt die Verwaltung, regelmäßig in Zusammenarbeit mit der EVO, der Energieagentur NRW, der Verbraucherzentrale NRW und örtlichen Firmen verstärkt im Rahmen des EEA-Prozesses Öffentlichkeits-Kampagnen (z.B. Oberhausener Energiesparwochen o.ä.) zu organisieren.

4. Oberhausen fördert erneuerbare Energien

Der Rat stellt fest, dass die EVO mit dem zukunftsweisenden Ausbau des Fernwärmenetzes und mit der Investition in das Biomasse-Kraftwerk bereits wesentliche Beiträge zur Reduzierung der CO₂-

Emission geleistet hat. Der Rat bittet die EVO, regenerative Energien noch stärker als bisher zu fördern und neben weiteren Investitionen in Blockheizkraftwerke mit Kraftwärmekopplung und Fernwärme auch in Photovoltaik- und Windkraftanlagen zu investieren. Hierzu sind - auch vor dem Hintergrund einer Änderung des Windkrafteffizienzes - entsprechende Standorte zu untersuchen, an denen keine störenden Schatten durch Rotoren für umliegende Wohnbebauung entstehen.

5. Oberhausen macht das Stromnetz zukunftsfähig

Der Rat bittet die EVO, stärker in die Modernisierung des Stromnetzes zu investieren. Mit Smart Grids (intelligente Stromnetze) kann die Lastverteilung im Stromnetz über den Tag geglättet werden. Der Rat bittet die EVO über die Beteiligung an Pumpspeicherkraftwerken (auch in Deutschland) einen Beitrag zur Speicherung von Windstrom zu leisten.

6. Oberhausen diskutiert mit RWE über Möglichkeiten eines Atomausstiegs

Der Anteilseigner der EVO, RWE, betreibt in Deutschland zahlreiche Atomkraftwerke. Der Rat bittet die EVO, im Rahmen einer öffentlichen Informations- und Diskussionsveranstaltung mit Vertretern von RWE über Ausstiegskonzepte aus der Atomtechnologie zu diskutieren und hierbei die Auffassung des Anteilseigners Stadt deutlich zu machen.

7. Oberhausen entwickelt eine Energiestrategie für kommunale Gebäude

Der Rat fordert das Oberhausener Gebäudemanagement auf, seine Anstrengungen bei der Erarbeitung einer Energiestrategie für kommunale Gebäude zu verstärken.

Der Rat fordert die Verwaltung auf, auf der Grundlage eines zu erarbeitenden Solarenergiekatasters eine Liste kommunaler Gebäude im gesamten Stadtgebiet zu erstellen und öffentlich zu machen, die für die Gewinnung von Solarenergie geeignet sind. So wird es Investoren ermöglicht, gegen eine Miete beispielsweise Photovoltaikanlagen zu errichten und betreiben zu können. Darüber hinaus soll diese Liste als Grundlage zur Erstellung eines städtischen Entwicklungsplanes zur Erzeugung erneuerbarer Energien für den eigenen Strombedarf städtischer Gebäude dienen.

8. Oberhausen baut planungsrechtliche Hemmnisse ab

Der Rat fordert die Verwaltung auf, in Zusammenarbeit mit dem Land NRW evtl. planungsrechtliche Hemmnisse für den Ausbau der Erneuerbaren Energien abzubauen."